

Antrag

der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan, Michael Kauch, Angelika Brunkhorst, Horst Meierhofer, Birgit Homburger, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Patrick Meinhardt, Burkhardt Müller-Sönksen, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Biologische Kohlenstoffsenken für den Klimaschutz nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Kyoto-Protokoll ist nach der Ratifizierung durch Russland im Februar 2005 in Kraft getreten. Die Bundesrepublik Deutschland hat das Kyoto-Protokoll bereits 2002 ratifiziert. Ziel des Kyoto-Protokolls ist es, durch die Reduktion von Treibhausgasemissionen den Klimaschutz zu verbessern. Dies kann auf zwei Wegen erfolgen: Die Abgabe von Treibhausgasen wie beispielsweise Kohlendioxid (CO₂) in die Luft wird vermindert oder emittiertes CO₂ wird gebunden, so dass es nicht in die Atmosphäre gelangt.

In diesem Sinne sieht das Kyoto-Protokoll neben den so genannten flexiblen Instrumenten (Emissionshandel, Joint Implementation (gemeinsam durchgeführte Projekte zwischen Industrieländern) und Clean Development Mechanism (Projekte zur Emissionsreduktion in Entwicklungsländern)) die Möglichkeit vor, die Kohlenstoffaufnahme von Ökosystemen als Klimaschutzmaßnahme anrechnen zu können. Es geht dabei um die Kohlenstoffeinbindung in so genannten Senken (z. B. in Wäldern) und die Möglichkeit, diese bis zu gewissen Grenzen auf die jeweils nationalen Emissionsreduktionsverpflichtungen anzurechnen.

Die große Bedeutung der Kohlenstoffsenken für den Treibhausgashaushalt der Erde ist wissenschaftlich unbestritten. Diese haben den globalen Anstieg der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre zweifellos verlangsamt. Daher ist es sinnvoll, die Möglichkeiten der Bindung von CO₂ in Kohlenstoffsenken für den Klimaschutz zu nutzen. Zahlreiche technische Fragen wie die Definitionen, Einzelheiten des Anrechnungsverfahrens sowie die Anforderungen an eine Überwachung und Kontrolle (Monitoring) sind weitgehend geklärt; Probleme bestehen noch u. a. bei der Quantifizierung. Ferner steht die Ausarbeitung be-

stimmter Verfahrensfragen für Senkenprojekte in Entwicklungsländern aus. Dessen ungeachtet haben sich die Vertragsstaaten des Kyoto-Protokolls auf der 6. Vertragsstaatenkonferenz im Juli 2001 in Bonn im so genannten Bonner Beschluss (Bonn Agreement) prinzipiell darauf geeinigt, Senkenprojekte als Instrumente des internationalen Klimaschutzes zu akzeptieren. Unter anderem wurde im Bonner Beschluss vereinbart, dass Steigerungen der in Wäldern gebundenen Kohlenstoffmengen bis zu einer länderspezifischen Höchstmenge angerechnet werden können. Außerdem können Maßnahmen im Bereich der Acker- und Grünlandbewirtschaftung sowie der Ödlandbegrünung als Klimaschutzmaßnahmen angerechnet werden. Hieraus ergeben sich für einige Länder zum Teil erhebliche Möglichkeiten, ihre Emissionsreduktionsziele über Senkenaktivitäten zu erreichen.

Grundsätzlich gilt es, Klimaschutz und Emissionshandel auf größtmögliche Wirkung und Kostenminimierung durch die Verknüpfung und integrale Anwendung aller Instrumente des Kyoto-Protokolls einschließlich der Kohlenstoffsinken zu verpflichten. Damit werden die Vorteile der Kyoto-Instrumente nicht zuletzt auch der deutschen Land- und Forstwirtschaft zugänglich.

Neben nationalen Anstrengungen zur Verminderung der CO₂-Emissionen ist es unerlässlich, alle flexiblen Mechanismen zur Erreichung des Klimaschutzziels zu nutzen. Dazu zählt auch die Möglichkeit der CO₂-Bindung in Kohlenstoffsinken.

Für die verstärkte Bindung von CO₂ sind gerade auch biologische Methoden geeignet. Wälder binden Kohlenstoff. Der Aufbau stabiler Wälder ist somit geeignet, den anthropogen beeinflussten Klimawandel zu verlangsamen. Dabei werden zusätzlich die Biodiversität gestärkt, die Böden geschützt und die Trinkwasserversorgung verbessert. Das Instrument der Kohlenstoffsinke ist kostengünstig und effizient. Es leistet wichtige Beiträge für die Energie- und Rohstoffversorgung, für die Technologieentwicklung und sorgt für Beschäftigung in strukturschwachen ländlichen Regionen – im Inland wie im Ausland.

In Mitteleuropa, wo die potentielle natürliche Vegetation Wälder hervorbringt, haben diese bei der Bekämpfung des Klimawandels eine Schlüsselrolle inne. Das Holz der Waldbäume und die humusreichen Waldböden speichern Kohlenstoff. Wird der Speicher Wald zerstört, werden die im Holz und den Böden gespeicherten Treibhausgase in die Atmosphäre abgegeben. Laut IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) stammen bis zu 30 Prozent der zusätzlichen Belastung der Atmosphäre mit CO₂ in den letzten 100 Jahren aus der Zerstörung von Wäldern z. B. durch illegalen Holzeinschlag sowie durch Brandrodung. Durch Urwaldschutz, Aufforstung und nachhaltige Bewirtschaftung von bestehenden Wäldern kann umgekehrt der Atmosphäre CO₂ wieder entzogen und langfristig gebunden werden. Somit bietet der Wald eine kostengünstige Möglichkeit, den Klimawandel zu verlangsamen und Ökosystemen mehr Zeit für eine Anpassung an das sich ändernde Klima zu geben.

Klimaschutz durch Waldbewirtschaftung muss sich an den regionalen Rahmenbedingungen orientieren. So ist es unbestritten notwendig, die riesigen Treibhausgasspeicher der verbliebenen Urwälder zu schützen. Für Wirtschaftswälder wie den deutschen Wald ist jedoch eine nachhaltige Nutzung die effektivere Variante: Die Ergebnisse der Bundeswaldinventur zeigen, dass im deutschen Wald trotz der verheerenden Orkane Vivian/Wiebke (1990) und Lothar (1999) mehr Holz zugewachsen ist als genutzt wurde, und somit der Wald eine Netto-senke für CO₂ darstellt. Insbesondere in den Privatwäldern wurde pro Jahr deutlich weniger Holz eingeschlagen als nachgewachsen ist.

Wird Holz nach seiner Ernte als Produkt rohstofflich und nicht sofort energetisch genutzt, verlängert sich seine Speicherfunktion und substituiert zusätzlich energieaufwändig zu produzierende Materialien wie Stahl, Beton oder Kunst-

stoffe. Internationale Vergleiche zeigen, dass in Deutschland beim Bau von Einfamilienhäusern Holz nur in geringem Umfang eingesetzt wird (15 Prozent), während im Nachbarland Österreich der Einsatz von Holz deutlich höher ist (35 Prozent), in Finnland sogar 50 Prozent und in den USA 95 Prozent beträgt. Am Ende des Produktlebenszyklus von Holz können durch die energetische Verwendung fossile Energieträger ersetzt werden. Dabei entweicht nur soviel CO₂, wie zuvor der Atmosphäre entzogen wurde.

Das Kyoto-Protokoll hat Möglichkeiten geschaffen, die Instrumente Aufforstung, Wiederaufforstung und Forstwirtschaft zur Bekämpfung des Klimawandels zu nutzen. So können durch Projekte in Industriestaaten und Entwicklungsländern Zertifikate erzeugt werden, die im Rahmen des internationalen Handels mit Emissionsrechten gehandelt oder zur Erfüllung der nationalen Verpflichtungen verwendet werden können. Voraussetzung dafür ist ein Entschluss des jeweiligen Kyoto-Vertragsstaates, den Artikel 3.4 des Kyoto-Protokolls anzuwenden. Die Bundesregierung zieht diese Möglichkeiten heute erstmals in Erwägung, hat sie jedoch bisher nicht genutzt. Es wurden trotz der internationalen Vereinbarungen Senkenprojekte abgelehnt. Die Bundesregierung hat auch verhindert, dass Unternehmen im Rahmen des europäischen Handels mit Emissionsrechten ihre Emissionsreduktionsverpflichtungen durch Senkenprojekte erfüllen können. Es besteht die Gefahr, dass ein kostengünstiges Instrument zum Klimaschutz nicht in die nationale Klimaschutzstrategie integriert wird.

Über die klimaverbessernde Wirkung hinaus bieten Senkenprojekte zahlreiche weitere Vorteile. So ist zum Beispiel die Produktion von Biomasse in Agroforstsystemen, in denen die niederwaldartige Bewirtschaftung von Energiehölzern mit der Wertholzproduktion kombiniert wird, eine Möglichkeit, die Biodiversität zu erhöhen. Die Entwicklung dieser Anbausysteme schafft Beschäftigung im ländlichen Raum und stellt eine ökologisch wertvolle Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen dar.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- im Rahmen des internationalen Handels mit Treibhausgaszertifikaten auch die Option des Artikels 3.4 des Kyoto-Protokolls für Wälder in Deutschland wahrzunehmen und sich die Nettosenke im erlaubten Rahmen anrechnen zu lassen,
- darauf hinzuarbeiten, dass innerhalb des europäischen Handels mit Zertifikaten, analog zum internationalen Handel, die Nutzung von Waldsenkenprojekten auch für die betroffenen Unternehmen möglich ist, damit diese so kostengünstig wie möglich ihre Emissionen kompensieren können,
- im Rahmen der internationalen Verhandlungen darauf hinzuwirken, dass auch die Kohlenstoffspeicherung im Holz aus nachhaltig genutzten Wäldern bei der Erfassung der Bestandsdaten berücksichtigt wird, um die tatsächliche Leistung von nachhaltig genutzten Wirtschaftswäldern in Wert zu setzen,
- in Pilotregionen in Zusammenarbeit mit den Bundesländern Monitoring-systeme für Kohlenstoffsinkenprojekte zu entwickeln und zu realisieren und
- die Technologieentwicklung zur energetischen Nutzung von Biomasse aus Wäldern zu fördern.

Berlin, den 27. Juni 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

